

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/1486**

Alle Abg



Bauindustrieverband NRW e.V. • Postfach 10 54 62 • 40045 Düsseldorf

Herrn Georg Fortmeier MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung im
Landtag Nordrhein-Westfalen
mailto: anhoerung@landtag.nrw.de

**Bauindustrieverband
Nordrhein-Westfalen e.V.**

RA'in Prof. Beate Wiemann
Hauptgeschäftsführerin
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Uhlandstraße 56
40237 Düsseldorf

Postfach 10 54 62
40045 Düsseldorf

Telefon 0211 67 03-212
Telefax 0211 67 03-123
b.wiemann@bauindustrie-nrw.de
www.bauindustrie-nrw.de

08. Mai 2019
Wie/TG

**Stellungnahme Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen/
Anhörung „Landesentwicklungsplan“ – Entwurf einer Verordnung zur
Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-
Westfalen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Fortmeier,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der für den 15. Mai 2019 geplanten Anhörung zur Änderung der
Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen überrei-
chen wir Ihnen unsere aktuellen Anmerkungen zur derzeitigen Fassung des
Entwurfs sowie unsere umfangreiche Stellungnahme vom 28.06.2018 zum öf-
fentlichen Beteiligungsverfahren zur Änderung des LEP NRW.

Grundsätzlich begrüßen wir die neu eingebrachten Änderungen.

Wir wünschen der Anhörung einen konstruktiven Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Hauptgeschäftsführerin

RA'in Prof. Beate Wiemann

Anlagen

08.05.2019
28.06.2018

STELLUNGNAHME

für die Anhörung „Landesentwicklungsplan“ des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung zum Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

08.05.2019

Teil A: Änderungsentwurf

1. 2-3 Ziel Siedlungsraum und Freiraum

Die Berücksichtigung von *Nachfolgenutzungen* vorhandener Betriebsstandorte wird *positiv* bewertet.

2. 5-4 Grundsatz Strukturwandel in Kohleregionen

Die Übernahme der Ideen der „Kohle-Kommission“ in die Verordnung ist ebenso *positiv* zu werten wie die ausdrückliche Berücksichtigung von konzeptionellen Entwicklungen für *Wohngebiete*. Angesichts des Wohnungsmangels in NRW gerade im preiswerten Segment ist diese Ergänzung sehr zu begrüßen.

3. Begründung 6.3-3 Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die Klarstellung in der Begründung zur Bewertung von „*Bandinfrastrukturen*“, dem Begriff „*versiegelte Flächen*“ sowie der Klarstellung bzgl. der Ableitung des *Mindestflächenbedarfs* für Großvorhaben bzw. einen Vorhabenverbund sind *positiv* zu werten.

4. Begründung 8.1-9 Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen

Die Erweiterung, dass die Regionalplanung weitere *Häfen* nicht nur schützen „kann“, sondern „*sollte*“ wird für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in NRW sehr *positiv* bewertet.

Teil B: Empfehlungen

Auf die Empfehlungen unserer Stellungnahme vom 28.06.2018 nehmen wir zur Vermeidung von Wiederholungen ausdrücklich Bezug.

STELLUNGNAHME

für das öffentliche Beteiligungsverfahren des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

28.06.2018

Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen verbindet als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband nordrhein-westfälische Unternehmen der Bauindustrie und benachbarter Branchen. Als freiwilliger Zusammenschluss und größtes Kompetenzzentrum der Bauindustrie in NRW betreut und repräsentiert der Verband Bauunternehmen aller Bausparten. Seine Mitgliedsunternehmen stehen für mehr als drei Viertel der in Nordrhein-Westfalen erbrachten Bauleistung und beschäftigen rund zwei Drittel aller Mitarbeiter des Bauhauptgewerbes. Von kleinen Familienbetrieben über kleinere und große mittelständische Unternehmen bis hin zu Niederlassungen international agierender Baukonzerne sind die Mitgliedsunternehmen in allen Bereichen des Hoch- und Tiefbaus tätig. Diese agieren als Partner sowohl von privaten als auch vielfach von öffentlichen Auftraggebern. Der Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen ist der größte bauindustrielle Landesverband in der Bundesrepublik.

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen sehen wir uns als einen der entscheidenden Akteure für die zukünftige Weiterentwicklung unseres Landes und unserer Kommunen. Dies gilt aufgrund des breit gefächerten Leistungsportfolios unserer Mitgliedsunternehmen für nahezu alle Bereiche des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens der Bürgerinnen und Bürger sowie der Betriebe und Unternehmen im Land – und dabei insbesondere für die Zukunftsfelder Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur, Energiewende, Digitalisierung / Breitbandausbau und Wirtschaftsbau.

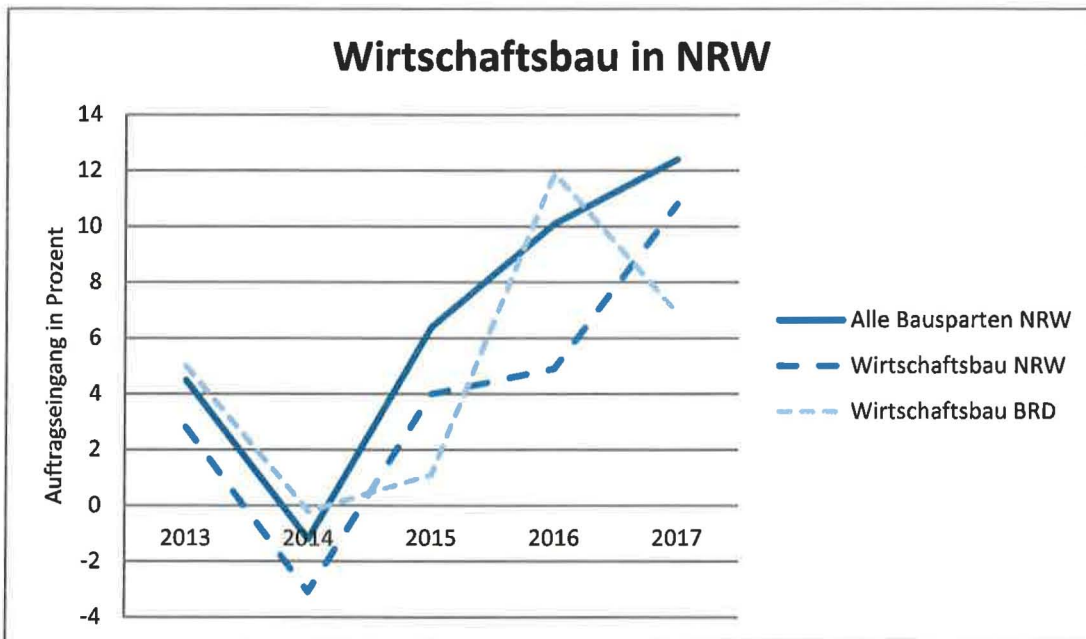
Die durch unsere Unternehmen entstehenden Infrastrukturen dienen als Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, regen Folgeinvestitionen an und sichern somit nachhaltig Wohlstand und Wachstum. Der Landesentwicklungsplan NRW legt die Leitlinien für die nachgeordneten Regional-, Flächennutzungs- und Bebauungspläne fest und ist somit zentrales Instrument auf Landesebene, um wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und zu fördern.

Ein zentraler Indikator für die wirtschaftliche Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit einer Region, aber auch für die (zukünftige) Attraktivität des Standortes ist die Investitionsneigung von Unternehmen und Betrieben in Bauleistungen. Dies gilt sowohl für die Sanierung und den Ausbau bestehender als auch für die Ansiedlung neuer Standorte für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen. Diese kurz „Wirtschaftsbau“ genannte Bausparte generiert ihren Auftragseingang ausschließlich von privatwirtschaftlich agierenden juristischen Personen.

Die folgende Grafik zeigt eindrucksvoll die offensichtlich unterdurchschnittliche Entwicklung des Wirtschaftsbaus – und damit der Investitionen von Unternehmen und Betrieben am Standort – in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren. Während sich die Baukonjunktur insgesamt sehr positiv entwickelt hat, konnte der Wirtschaftsbau mit dieser konjunkturellen Hochphase in der Vergangenheit nicht mithalten und lag seit 2014 durchgehend unterhalb der konjunkturellen Entwicklung aller Bausparten. Diese Wachstums-Lücke konnte in 2017 ein Stück weit verkleinert werden.

Der Wirtschaftsbau trägt auch heute noch den größten einzelnen Anteil zum Auftragseingang der Baubranche in Nordrhein-Westfalen bei und ist somit eine zentrale Säule für die Baukonjunktur im Land. In Folge der beschriebenen Entwicklung sinkt der Anteil des Wirtschaftsbaus am gesamten Auftragseingang allerdings kontinuierlich:

2017: 45,8 % / 2016: 46,5% / 2015: 48,8% / 2014: 49,9%



Quelle: IT.NRW¹ / Grafik: Bauindustrieverband NRW

Daraus folgt aus Sicht der Bauindustrie Nordrhein-Westfalen: Die neue Landesregierung aus CDU und FDP muss durch geeignete Rahmenbedingungen Investitionen und Wachstum fördern. Wirtschaftspolitik ist eine Aufgabe der gesamten Landesregierung, die sich in Gänze dem übergeordneten Ziel eines Nachholprozesses verschreiben muss. Dies gilt für alle Ressorts der Landesregierung.

Die in Nordrhein-Westfalen investierenden Unternehmen und Betriebe benötigen in Zukunft wieder eine ausgewogene und der Entwicklung des Landes zuträgliche Konzeptionierung des Landesentwicklungsplanes, die möglichst weitreichende Freiheiten und Potentiale zur Generierung von zukünftigem Wachstum ermöglicht.

¹ Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Mitarbeitern mit Sitz in Nordrhein-Westfalen
Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Dies gilt insbesondere für die Ausweisung neuer Flächen für bereits ansässige oder neu hinzugekommene Unternehmen, für die Planung von Standorten zur Energiegewinnung und von Transportleitungen, für die Anbindung von Bürgern und Unternehmen durch eine funktionsfähige und bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sowie für Arbeitsplätze schaffende industrielle Großprojekte und Infrastrukturvorhaben.

Der Landesentwicklungsplan kann die notwendigen Rahmenbedingungen für eine aktive und investitionsfördernde Standortpolitik bieten, die Standorterweiterungen, Neuansiedlungen und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglicht.

Im Konkreten kommentieren wir den Gesetzentwurf der Landesregierung zu Änderungen am bestehenden Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) wie folgt:

TEIL A: Änderungsentwurf der Landesregierung

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen bewertet die grundsätzliche, mit diesem Gesetzentwurf verfolgte Zielrichtung positiv.

Nahezu alle im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen am LEP finden die Zustimmung der nordrhein-westfälischen Bauindustrie, sehen diese doch flexiblere und offenere Regelungen für die Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen vor und geben den kommunalen Entscheidungsträgern vor Ort Entscheidungskompetenz zurück.

Neben der Streichung des 5-ha-Grundsatzes und der Verlängerung der Versorgungszeiträume für heimische Rohstoffe sieht die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen insbesondere den Schutz von Hafenanlagen vor herannahender konkurrierender Nutzung und die nun wieder mögliche Flächenentwicklung von Ortschaften unter 2.000 Einwohner als essentiell wichtig an.

2-3 Ziel Siedlungsraum und Freiraum

Insbesondere die in den Erläuterungen nun aufgeführten Ausnahmeregelungen zur Entwicklung im Freiraum erlauben in der Region verwurzelten kleineren Betrieben nun einen angemessenen Spielraum für Betriebserweiterungen. Durch den unmittelbaren Anschluss an den Siedlungsraum und die Bedingung einer angemessenen Erweiterung vorhandener Betriebe schafft die Neuformulierung mehr Flexibilität für Investitionen in der Region und ermöglicht kleineren Unternehmen und Betrieben somit nun z.B. am Stammsitz des Unternehmens neue Potentiale zu entwickeln.

2-4 Ziel Entwicklung der im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsbereiche

Das neu aufgenommene Ziel 2-4 setzt die in 2-3 festgehaltenen Regelungen fort und erfasst damit auch neue Unternehmen, die bislang nicht in der Region beheimatet sind. Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen begrüßen wir dieses neu aufgenommene Ziel als gezielte Förderung von Investitionen im ländlichen Raum.

5-4 Grundsatz Strukturwandel in Kohleregionen

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen unterstützt die Neuaufnahme dieses Punktes insbesondere vor dem Hintergrund des in diesem Jahr auslaufenden Steinkohlbergbaus im Ruhrgebiet und der aufgenommenen Arbeit der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung". Allerdings sehen wir hier noch Bearbeitungs-, Konkretisierungs- und Erweiterungsbedarf, welche Ziele die Landesregierung in den betroffenen Regionen in Zusammenarbeit mit den dort liegenden Kommunen verfolgt. Zudem ist bislang noch keine flächenbezogene Aussage im neuen Grundsatz 5-4 enthalten. Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen werden wir eine entscheidende Rolle bei der Realisierung wirkungsvoller, nachhaltiger und wachstumsfördernder Nachnutzen einnehmen und erwarten von der Landesregierung hier eine im Laufe der Zeit nach und nach zu konkretisierende Aussage zu den Perspektiven der Regionen.

6.1-2 Grundsatz Leitbild „flächensparende Siedlungsentwicklung“

Die Streichung des 5-ha-Grundsatzes ist eine der entscheidenden Verbesserungen zum bestehenden Landesentwicklungsplan (LEP). Angesichts der in den letzten Jahren vorherrschenden konjunkturellen Schwäche Nordrhein-Westfalens – von den ausgewiesenen Wachstumsregionen einmal abgesehen – bedarf es aus Sicht der Bauindustrie Nordrhein-Westfalen einer neuen Schwerpunktsetzung auf wirtschaftliche Entwicklung, auf Investitionen und Wachstum. Eine übergeordnete, für das gesamte Land geltende Flächenobergrenze steht dieser momentan dringend benötigten wirtschaftlichen Entwicklung entgegen. Abseits einer nicht notwendigen Kontingentierung kann der LEP die Ziele des Raumordnungsgesetzes (ROG) dennoch umsetzen.

Darüber hinaus verweisen wir auf den gerade für finanziell schlechter gestellte Bürgerinnen und Bürger bestehenden preisgünstigen Wohnraumbedarf, der nicht alleine über Innen- und Nachverdichtung zu leisten sein wird.

6.3-3 Ziel Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die Flexibilisierung in den Erläuterungen wird ausdrücklich begrüßt. Insbesondere gilt dies für die Streichung des Wortes „vorhandenen“ und damit für die Erweiterung auf neue, auszubauende und bestehende Infrastrukturen.

6.4-2 Ziel Inanspruchnahme von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen begrüßt die Reduzierung der Mindestvorgabe für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben, weil diese die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung grundsätzlich erst einmal steigert.

Nordrhein-Westfalen benötigt in großem Maßstab konzentrierte Wirtschaftsflächen, auf denen neue Standorte bereits in anderen Regionen angesiedelter oder aber neu hinzukommender Unternehmen entstehen können. Diese sollten nach Möglichkeit entweder an bestehende Infrastruktur angebunden sein oder aber diese in zukunftsfähigem Ausmaß nach sich ziehen.

Insbesondere die Stärkung strukturschwacher Regionen kann durch die Ansiedlung eines landesbedeutsamen Großvorhabens mit entsprechenden Wachstums- und Wohlstandsimpulsen in der Region gelingen. Nicht zuletzt wirkt sich dies durch einen finanziellen Impuls in den Kommunen z.B. durch steigende Gewerbesteuererinnahmen positiv aus.

Die Sicherung dieser Flächen, auch wenn das Vorhaben am Ende „nur“ 50 ha anstatt 80 ha beansprucht, dient in erheblichem Maße der regionalen Bauwirtschaft und nachgelagert der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bei neu angesiedelten Unternehmen und Betrieben.

6.6-2 Ziel Anforderungen für neue Standorte

Die hier beabsichtigten Änderungen gehen aus Sicht der Bauindustrie Nordrhein-Westfalen in die richtige Richtung, lassen jedoch Potentiale für weitere Flexibilisierungen offen.

Bislang schreibt das Ziel 6.6-2 eine „umwelt-, sozial- und zentrenverträglich“ gestaltete Ansiedlung von Freizeit- und Tourismuseinrichtungen direkt anschließend an bestehende Allgemeine Siedlungsbereiche vor.

Im Weiteren werden Ausnahmen definiert, unter denen auch im Freiraum Entwicklung betrieben werden kann.

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen sehen wir jedoch sowohl das Potential als auch die daraus entstehende Notwendigkeit, dieses Ziel offener zu fassen und umzuformulieren.

Die Ansiedlung von Freizeit- und Tourismuseinrichtungen sollte sich nach den geographischen und kulturlandschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen richten und demnach auch im Freiraum möglich sein, insofern sich hier unter Beachtung von Nachhaltigkeitsstandards eine attraktive Tourismus- und Freizeiteinrichtung ansiedeln ließe.

7.1-7 Grundsatz Nutzung von militärischen Konversionsflächen

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen empfehlen wir diesen Grundsatz vollständig zu streichen. Der übergreifende Grundsatz, militärische Konversionsflächen möglichst dem Freiraum zu übergeben oder für Erneuerbare Energien nutzbar zu machen, widerspricht dem aktuellen Bedürfnis nach Bauland für die Ausweitung der Wohnungsbaunachfrage. Aufgrund eines Flächendefizites in den Großstädten des Landes erscheinen frei werdende Großflächen für die Entstehung neuer Siedlungsbereiche als durchaus sinnvolle Alternative. Dies gilt insbesondere, wenn diese Flächen bereits über zumindest einen Teil an ober- und unterirdischer Infrastruktur wie vorherige Militärflächen verfügen und die Ansiedlung von Wohnraum nicht ohne jedweden Anschluss erfolgen muss. Der Grundsatz 7.1-7 in seiner bisherigen Form steht dem entgegen. Dieser ist zu streichen.

8.1-6 Ziel Landesbedeutsame Flughäfen in Nordrhein-Westfalen

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen begrüßt die zurückgenommene Klassifizierung der in Nordrhein-Westfalen gelegenen Flughäfen. Unsere Unternehmen versprechen sich davon, eine flexiblere Handhabung mit Erweiterungsvorhaben, die zu einem gewissen Anteil auch immer Bauleistungen mit sich bringen.

8.1-9 Ziel Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen

Angesichts der in den kommenden Jahren (und Jahrzehnten) aller Voraussicht nach deutlich weiter steigenden Güterverkehrsaufkommen steht Nordrhein-Westfalen als Transitland in Deutschland und Europa und als Hafenhinterland für die deutschen und die ZARA-Seehäfen vor immensen Herausforderungen. Die in den Seehäfen ankommenden Güter werden gerade aus Belgien und den Niederlanden zu einem in Zukunft wachsenden Anteil auf der Wasserstraße nach NRW transportiert, treffen hier jedoch vermehrt auf nicht ausreichende Umschlagskapazitäten der vorhandenen Binnenhäfen.

Zugleich sind Binnenhäfen abseits vom Verkehrsträger Wasserstraße heute vielfach zu einem Umschlagsplatz aller Verkehrsträger geworden, die der Wertschöpfung wachsenden Logistikbranche Wachstumspotentiale bieten.

Die gerade in den Großstädten des Landes zu beobachtende Entwicklung bspw. hin zum „Wohnen am Wasser“ steht steigenden Flächenbedarfen und dem Schutz der nordrhein-westfälischen Binnenhäfen vor herannahender Konkurrenznutzung entgegen. Der Schutz der bisherigen Hafenflächen sowie der diese umgebenden Bereiche ist somit von herausragender Bedeutung. Das Ziel 8.1-9 wird ausdrücklich begrüßt.

8.2-7 Grundsatz Energiewende und Netzausbau

Die Neuaufnahme dieses Grundsatzes hält die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen für sehr sinnvoll. Auf der einen Seite bedarf es nach wie vor eines weiteren, immensen Ausbaus von Übertragungs- und Verteilnetzen, dem durch die Raumordnung „Platz“ eingeräumt werden muss. Die Abstimmung von Regional- und Fachplanungsbehörden kann auf der anderen Seite ein sinnvolles Instrument zur Kanalisierung von Anwohnerbedenken sein und diese mit den Zielen der Energiewende abwägen.

Ziele 9.2-1 bis 9.2-4 Rohstoffversorgung in Nordrhein-Westfalen

Die von der Landesregierung vorgesehenen Änderungen und Neufassungen (9.2-4) finden die Zustimmung der nordrhein-westfälischen Bauindustrie. Durch das Loslösen der Vorranggebiete von deren zwanghaftem Status als Eignungsgebiete wird die Rohstoffgewinnung insgesamt erleichtert und in darüber hinaus gehenden Bereichen wieder möglich. Die Regionalräte erhalten somit wieder Flexibilität zurück, situationsangemessen mit der Ausweisung verschiedener Gebietsarten auf die jeweiligen (über-)regionalen Bedürfnisse zu reagieren.

Allerdings merken wir kritisch an, dass der Versuch der Konkretisierung des Begriffs „Konfliktlage“ durch unbestimmte Rechtsbegriffe nicht erkennen lässt, welche Einzelfälle in Zukunft hiervon erfasst sein sollen. Die bislang erfassten „großflächigen Rohstoffvorkommen“ wurden nunmehr um regional konzentrierte „seltene Rohstoffvorkommen“ erweitert. Darüber hinaus stellen wir fest, dass laut Begründung bei großflächigen Rohstoffvorkommen konkurrierende Nutzungsansprüche hinzukommen, die eine außergebietliche Steuerung erforderlich machen. Unserer Ansicht nach führt die nun verwendete Formulierung der Begründung dazu, dass nahezu alle Planungsgebiete eine Konfliktlage darstellen könnten, da die meisten Rohstoffvorkommen großflächig verbreitet oder regional konzentriert sind.

Darüber hinaus bedarf es für die Festlegung der Vorranggebiete mit Eignungswirkung einer Regelung auf landesplanerischer Ebene und nicht auf der Ebene der Regionalplanung.

Somit könne es sinnvoll sein, in Gebieten mit anzunehmender Konfliktlage automatisch eine Regelung für den Flächentausch vorzusehen. Der geänderte Landesentwicklungsplan sollte die Regionalplanung verpflichten, den Flächentausch als integrales Instrument in die flächenbezogene Rohstoffsicherung mit aufzunehmen. Zur Erzielung einer breiten Zustimmung in der Region sollte das Land hier eine einheitliche Vorgehensweise vorschreiben.

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen sind wir zudem davon überzeugt, dass Abgrabungsvorhaben sich bei Vorranggebieten mit der Wirkung von Eignungsgebieten in den BSAB zu vollziehen haben. Die Regionalpläne können hier bei räumlicher Steuerung begründete Ausnahmen textlich festlegen.

Die nun wieder auf die vorherigen Werte zu vollziehende Ausweitung der Versorgungszeiträume und deren Fortschreibung für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe bewerten wir als richtigen und notwendigen Schritt.

Als baustoffabhängige Industrie konnten wir die drastische Kürzung der Versorgungszeiträume der Vorgängerregierung nicht nachvollziehen. Die Versorgung mit heimischen Rohstoffen und Ressourcen ist ein wesentlicher Kostensenkungsfaktor, nicht zuletzt im dringend benötigten Wohnungs- und Verkehrswegebau und ein Element zur Fortführung der gerade in Nordrhein-Westfalen bestehenden und ineinandergreifenden Wertschöpfungsketten.

Klar ist aus Sicht der Bauindustrie Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang jedoch auch, dass das Land dringend an der Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für die Ausweitung von Steinbrüchen arbeiten muss, um die heimische Rohstoffversorgung langfristig zu sichern.

10.2-1 Grundsatz Halden und Deponien als Standorte für die Nutzung erneuerbarer Energien

Als Bauindustrie Nordrhein-Westfalen begrüßen wir die Herabstufung des Ziels 10.2-1 zu einem Grundsatz. Sicherlich halten wir die Nutzung von Deponien und Halden für Standorte für erneuerbaren Energien im Sinne einer flächensparenden Entwicklung regenerativer Energieträger für sinnvoll. Allerdings darf diese Nutzung nicht dem eigentlichen Zweck von Deponien und Halden widersprechen und muss Potentiale insbesondere für Deponierweiterungen auch in Zukunft ermöglichen. Angesichts der in den nächsten Jahren auf die nordrhein-westfälische Bauwirtschaft zukommende Deponieknappheit bedarf es im eigentlichen Sinne der Neuschaffung von Deponien und Halden, zumindest jedoch einer zügigen Erweiterung der bestehenden Einrichtungen. Die Nutzung dieser Flächen durch Anlagen der erneuerbaren Energien darf dieser Ursprungsnutzung von Deponien und Halden nicht entgegenstehen. Die Herabstufung von einem Ziel zu einem Grundsatz mit anschließender Abwägung ist aus unserer Sicht folgerichtig.

10.2-5 Ziel Solarenergienutzung

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen hebt lobend hervor, dass die Thematik „Trassenbündelung“ durch die Ansiedlung von Solaranlagen „entlang von Bundesfernstraßen oder Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung“ von der Landesregierung bereits vorgesehen ist. Mit Bezug zu TEIL B dieser Stellungnahme (6.1-4) wünschen wir uns die Fortsetzung dieses Prinzips auf Bereiche anderweitiger Nutzung.

10.3-2 Grundsatz Anforderungen an neue, im Regionalplan festzulegende Standorte

Die Streichung der energiepolitischen Vorgabe von Mindestwirkungsgraden für neue Kraftwerke in einem Instrument der Landesplanung wird aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten begrüßt. Die rechtliche Zulässigkeit zu Vorgaben wie Mindestwirkungsgraden in der Raumordnung ist äußerst fraglich. Ein Raumbezug ist nicht zu erkennen.

TEIL B: Empfehlungen

Neben den bereits anvisierten Änderungen und Erleichterungen am geltenden Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen empfiehlt die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen folgende weitere Punkte:

1.3 Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen

- Wachstum und Innovation fördern

Der Landesentwicklungsplan betont die besondere Bedeutung der Raumordnung für die zukünftige Entwicklung des Landes als Wirtschaftsstandort sowohl für zahlreiche kleine und mittelständische Betriebe als auch für die Groß- und Schwerindustrie. Für eine wettbewerbsfähige Zukunft als attraktiver Standort, der Investitionen anzieht und Innovation ermöglicht, bedarf es jedoch auch und vor allem einer leistungsfähigen, an zukünftigen Bedarfen ausgerichteten (Verkehrs-)Infrastruktur. Im Fokus stehen hier die Verkehrswege im Transitland Nordrhein-Westfalen.

Diese ermöglichen durch ihren bedarfsgerechten Ausbau mit entsprechendem Flächenbedarf das Funktionieren der in Nordrhein-Westfalen ganzheitlich zu findenden Wertschöpfungsketten eines integrierten Wirtschaftsprozesses.

Einfügen neuer Absatz:

Für nachhaltiges Wachstum und die Förderung von Investitionen und Innovationen sind leistungsfähige und an zukünftigen Bedarfen ausgerichtete Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Diese verbinden die Regionen des Landes und gewährleisten dadurch das Funktionieren etablierter Wirtschaftskreisläufe und integrierter nordrhein-westfälischer Wertschöpfungsketten. Insbesondere der über die Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen abgewinkelte Güter- und Warenverkehr muss in der Zukunftsplanung Berücksichtigung finden. Für den Personenverkehr gilt es, sowohl den Individualverkehr als auch einen (schienengebundenen) ÖPNV langfristig zu sichern.

2-2 Grundsatz Daseinsvorsorge

Wie im LEP dargelegt, gehört die Mobilität zu den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und sichert zugleich lebenswerte Verhältnisse in den verschiedenen Regionen Nordrhein-Westfalens. Dieser Aspekt ist insbesondere vor dem Hintergrund des Demographischen Wandels und der Alterung der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Hinzufügen neuer Satz:

Eine leistungsfähige und bedarfsgerecht ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist hierfür grundlegend.

6.1-4 Ziel Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen

Im Sinne eines möglichst geringen, jedoch den Erfordernissen von wirtschaftlicher Entwicklung angepassten Flächenverbrauchs zeigen gerade die begonnene Umsetzung der Energiewende und der Ausbau von Breitbandnetzen die Sinnhaftigkeit von Trassenbündelungen auf. Während bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen nicht die Idealform einer modernen Flächennutzung darstellen, haben diese in spezifischen Fällen jedoch unzweifelhafte Vorteile.

Insbesondere durch die Bündelung von Trassen entlang von Verkehrswegen finden sich dort mit kurzer Verbindung zum übergeordneten Straßennetz und bereits gegebener Leitungsinfrastruktur Standorte mit hohem Potential für Gewerbe und Industrie. Durch eine dortige Ansiedlung werden zudem insbesondere Lärm- und klimarelevante Emissionen in der Nähe von Wohnbebauung und Freizeitarealen vermieden.

Der Landesentwicklungsplan in seiner vorliegenden Form erkennt die Vorteile und Potentiale von GIB an Verkehrsachsen / Trassenbündelungen nicht ausreichend an und gehört deshalb aus unserer Sicht überarbeitet.

Hinweis für die Erläuterungen:

Die Nutzung von Flächen entlang von Verkehrswegen, insbesondere übergeordneten Verkehrswegen, und/oder entlang von Trassenverbünden kann die Vorteile bereits bestehender Infrastruktur mit einer geringeren Belastung von Lärm- und klimarelevanten Emissionen für die Bevölkerung vereinen.

7.1-3 Grundsatz Unzerschnittene verkehrsarme Räume

Der bedarfsgerechte Aus- und Neubau von Verkehrswegen für den Personen- und den Güterverkehr hat sich angesichts der prognostizierten Verkehrssteigungen und der notwendigen Mehrinvestitionen in den Standort Nordrhein-Westfalen an den Verkehrsströmen auszurichten.

Insbesondere die beschäftigungs- und investitionsintensiven Großprojekte und -ansiedlungen bedürfen eines leistungsfähigen Anschlusses an die übergeordneten Verkehrsnetze. Hierfür wird aller Voraussicht nach auch der Neubau von Verkehrsstrassen notwendig sein.

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen empfiehlt daher, diesen Grundsatz zu streichen oder zumindest mit erläuternden Ausnahmeregelungen zu versehen.

8.1-2 Ziel Neue Verkehrsinfrastruktur im Freiraum

Das hier formulierte Ziel wird den aktuellen, im Besonderen jedoch den zukünftigen Belastungen der Verkehrsinfrastruktur durch zunehmende Pendler- und Güterverkehre nicht gerecht. Im Gegenteil, diese restriktive Grundhaltung besitzt das Potential, die arg belasteten Straßen und anderen Verkehrsträger noch stärker zu belasten.

Darüber hinaus ist der zweite Aspekt klar verkehrsträger-diskriminierend, indem dieser die nichtmotorisierte Mobilität und die Schiene als Verkehrsträger ausnimmt. Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Güterumschlagszahlen in den ZARA-Seehäfen und der Betroffenheit Nordrhein-Westfalens als Seehafenhinterland bedarf es keinerlei raumplanerischer Beschränkung, sondern vielmehr einer entsprechenden Förderung.

Die Bauindustrie Nordrhein-Westfalen empfiehlt, dieses Ziel zu streichen.

8.1-10 Grundsatz Güterverkehr auf Schiene und Wasser

Das Ziel, den Güterverkehr auf die Schiene und Wasserstraße zu verlagern besteht mittlerweile seit Jahrzehnten. Allein: sichtbare Resultate sind kaum zu vermelden. Gleichwohl wäre eine Umsetzung eine Entlastung für die übrige Verkehrsinfrastruktur. Das Ziel wird dabei jedoch von der Realität „überrollt“, in der der Güterverkehr ungebremsst anwächst und eine Priorisierung einzelner Verkehrsträger den „Flaschenhals“ Verkehrsinfrastruktur nur noch enger zieht. Das Transitland Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht leisten, die Straße zu vernachlässigen und die Schienen- und Wasserwege zu priorisieren. Durch den hohen Anteil europäischer Güterverkehre werden die Entscheidungen zur Wahl des Verkehrsweges zumeist fernab Nordrhein-Westfalens getroffen. Hierauf muss entsprechend reagiert werden, indem alle Verkehrsträger und deren jeweilige Verkehrsinfrastruktur gefördert werden.

Neuformulierung:

„Zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs werden die Verkehrsträger Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen gleichermaßen bedarfsgerecht gefördert.“

Begründung der Änderung des LEP NRW

Mit der Änderung des Landesentwicklungsplans wird die Raumordnung in NRW flexibler und zukunftsfähiger. Die entsprechende raumgerechte Konzeption verschafft der Regional- und Bauleitplanung ausreichende Spielräume, erhöht die Planungssicherheit und belässt gleichzeitig der Wirtschaft ihrem Bedarf entsprechend ausreichende Entwicklungsspielräume. Für die Landesregierung ist es entscheidend, die erforderlichen Änderungen schnell umzusetzen, um rasch die räumlichen Entwicklungspotenziale zu entfesseln. Das Planverfahren ist daher auf wesentliche und zentrale Inhalte beschränkt.

Die Begründung für die wichtigsten Änderungen im Überblick:

Ländliche Regionen und Ballungsräume erhalten gleichwertige Entwicklungschancen. Dazu erhalten die Kommunen Flexibilität und Entscheidungskompetenzen bei der Flächenausweisung zurück. Sie können bedarfsgerechter auch in Ortschaften mit weniger als 2 000 Einwohnern neue Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächen darstellen. Unnötige Hemmnisse zur Ausweisung von Bauland werden gestrichen.

Gerade im Hinblick auf die Streichung des so genannten 5-Hektar-Grundsatzes (Grundsatz 6.1-2) ist jedoch zu betonen, dass die Landesregierung nach wie vor die Auffassung vertritt, dass Fläche ein endliches Gut ist, mit dem insbesondere auch im Interesse einer funktionsfähigen Landwirtschaft sparsam umzugehen ist. Sie wird zur Erreichung dieses politischen Ziels aber adäquatere und verhältnismäßigere Maßnahmen ergreifen. § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 3 ROG wird über das nach wie vor im LEP enthaltene Ziel 6.1-1 und weitere Festlegungen in Kap. 6 und 7, wie z. B. die Grundsätze 6.1-6 und 6.1-8, umgesetzt. Darüber hinaus hat sich die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Kabinettsbeschluss über die Änderung des Landesentwicklungsplans darauf verständigt, dass ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket entwickelt wird, dass u. a. folgende Aspekte prüft und sofern sinnvoll umsetzt bzw. ausbaut:

- Moderne Instrumente wie zum Beispiel Flächenzertifikate und Flächenpools über kommunale Grenzen hinweg,
- Flächensparendes Bauen,
- Förderung der Aufbereitung von industriell vorbelasteten Brachflächen durch Flächenrecycling,
- Förderung von Flächenreaktivierung als Beitrag zur Kompensation,
- Einführung eines Punktesystems, um gesetzlich erforderliche Kompensationsmaßnahmen durch ein Punktesystem zur ökologischen Aufwertung bestehender Natur- und Brachflächen umzusetzen.

Nordrhein-Westfalen ist ein attraktiver Standort mit hoher Lebens- und Umweltqualität. Eine Voraussetzung für den Wohlstand in NRW ist eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in allen Teilen des Landes. Als Industriestandort ist NRW von herausragender Bedeutung. Um diese Position des Landes zu festigen und auszubauen sorgt die LEP-Änderung für ein bedarfsgerechteres Angebot an Flächen für Gewerbe und Industrie. Dabei war zu berücksichtigen, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaft zum weitaus größten Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besteht. Diese vielfach inhabergeführten Familienbetriebe sind in besonderem Maße an ihren jeweiligen Standort gebunden, so dass es durch die Änderung erleichtert wird, ihr Unternehmen durch angrenzende Flächen zu erweitern.

Aber auch generell gilt, dass ein am Bedarf der Wirtschaft orientiertes Flächenangebot unter Berücksichtigung der teilträumlichen Gegebenheiten in NRW ein Ziel der Landesregierung ist, zu dem diese LEP-Änderung maßgeblich beiträgt. Den Unternehmen sollte ein differenziertes Flächenangebot zur Verfügung stehen, das den unternehmensspezifischen Anforderungen entspricht. Wirtschafts- und Industriestandorte sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch die optimale Anbindung von Wirtschaftsflächen an Infrastrukturen und die Vermeidung von Nutzungskonflikten. Mit dem geänderten LEP wird dies maßgeblich unterstützt. Dabei können auch große Flächen als Gewerbe- und Industriestandorte gesichert werden.

Für die planerische Aufgabe der Energiewende ist Akzeptanz erforderlich. Der Ausbau der Windenergie stößt jedoch in weiten Teilen des Landes inzwischen auf Vorbehalte in der Bevölkerung. Mit den Änderungen zur Standortfestlegung für die Nutzung erneuerbarer Energien sollen die Akzeptanz für die Nutzung der Windenergie erhalten und kommunale Entscheidungsspielräume gestärkt werden.

Ergänzende Begründungen für die einzelnen geänderten Festlegungen sind auch in den jeweiligen Erläuterungen zu den Zielen und Grundsätzen, im Umweltbericht und in den weiteren Unterlagen zur LEP-Änderung dargelegt (Abwägung der Stellungnahmen, synoptische Darstellungen zu den Änderungen vor und nach der Beteiligung).